Mit dem Gesetz wird dem Bedürfnis an Rechtssicherheit für Übergangslösungen und dem akuten Handlungsbedarf für schnelle Entscheidung - auch für Maßnahmen in- und ausländischer Investoren - entsprochen.

Die Deutsche Soziale Union befürwortet die Überweisung in die Ausschüsse. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vorwiegend bei DSU, CDU/DA und Liberalen)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Als nächster spricht für die Fraktion der Liberalen der Abgeordnete Annes.

Annes für die Fraktion Die Liberalen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder taucht in unseren Gesetzgebungsdebatten ein für viele neuer Begriff auf: Raumordnung. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Inkraftsetzung des Raumordnungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik soll künftig eine Raumordnungspolitik möglich werden, d. h., auf dem politisch bedeutsamen Gebiet räumlicher Planungen und raumbedeutsamer Investitionen ist ein rechtlicher Rahmen zu schaffen.

Es handelt sich hier um die Übernahme eines bewährten Gesetzes, dessen positive Auswirkungen auch für uns anschaulich sind. Mit dem Gesetz verbinden sich Ergebnisse, die jeder bei seinen ersten Besuchen in der Bundesrepublik in angenehmer Überraschung erlebt hat.

Insofern sind die im § 1 Abs. 1 enthaltenen Leitvorstellungen nur zu unterstützen. Der Herr Minister nannte sie bereits in seiner Rede. Ich möchte sogar feststellen, daß sie Leitvorstellungen liberaler Politik sind, daß unser Raum so zu entwickeln ist, daß er der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft am besten dient.

Nachdrücklich möchten Die Liberalen auf die Verzahnung oben genannter Gesetze mit anderen rechtlichen Vorschriften aufmerksam machen, die erst in ihrer Einheit ein den genannten Leitsätzen gemäßes Bauen ermöglichen.

Raumordnung ist insofern als übergeordnetes Dach zu verstehen, in der Fachplanung, Bauordnung, Umweltschutz eng miteinander verzahnt sind.

Wir setzen uns weiter dafür ein, daß durch das Raumordnungsgesetz auch Flächen, die nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden können, zur Ansiedlung von Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung gestellt werden. Dieses schafft wiederum neue Arbeitsplätze und einen hohen Beschäftigungsgrad. Der Herr Minister Viehweger verwies in seiner Rede darauf, daß das Raumordnungsgesetz nur dann sinnvoll und handhabbar ist, wenn es mit einem entsprechenden Verfahren - dem Raumordnungsverfahren - und der darin integrierten Umweltverträglichkeitsprüfung als Instrument zur Interessenabwägung und Konfliktlösung bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen wirksam gemacht wird.

Meine Damen und Herren! Ich stimme zwar der Feststellung zu, daß über den im Übernahmegesetz - § 3 - aufgezeigten Weg sowohl dem Bedürfnis nach Rechtssicherheit für notwendige Übergangslösungen als auch dem Bedarf nach schnellen Entscheidungen für Maßnahmen in- und ausländischer Investoren entsprochen wird. Ich mache jedoch darauf aufmerksam und weise eindringlich darauf hin, daß für alle Gesetze, die die Investitionsbereitschaft beeinflussen, dringender Handlungsbedarf besteht, um schleunigst zu notwendiger Rechtssicherheit zu kommen. Im dem Sinne verstehe ich auch die Ausführungen von Minister Viehweger zu den §§ 10 und 11 hinsichtlich der Mitteilungs- und Auskunftspflicht sowie zur Unterrichtung der Volkshammer. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Helm :

Ich danke Herrn Abgeordneten Annes. Das Wort hat als nächster von der Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Hildebrand.

Hildebrand für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Reise mit dem Flugzeug über die noch innerdeutsche Grenze macht augenfällig, jedenfalls auf den ersten Blick: Das Raumordnungsgesetz der Bundesrepublik hat sich bewährt. Hier bei uns zerflederte Siedlungen und unverständliche Standortlösungen - dort auf der anderen Seite wohlgeordnete Strukturen und ästhetisch vielleicht akzeptable Lösungen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist gewiß ein großer Eindruck, und er gilt vor allem für die außerstädtischen Räume. Hier bei uns also das Ergebnis einer Territorialplanung, die nur in einigen wenigen Köpfen stattfand, ansonsten aber staatlicherseits ideologisch dogmatisch bestimmt und durch mangelnde Sensibilität der Bevölkerung beeinflusst war, dort auf der anderen Seite der Zustand nach 25 Jahren Wirken raumplanerischer Behörden und Institutionen im Verein oder im Streit mit Bürgerinitiativen, Natur- und Umweltschutzbewegungen.

Daß es bei uns nicht schlimmer gekommen ist und daß wir*~ noch einen gehörigen Bestand an unverbauter Landschaft besitzen, liegt unter anderem auch daran, daß sowohl dem Staat als auch dem Bürger die Mittel fehlten, um noch mehr Schaden anzurichten. Nun aber werden die Mittel, die finanziellen und die sonstigen materiellen, kommen, und es ist zu fragen, ob das Raumordnungsgesetz, das wir beraten und annehmen wollen, in der vorliegenden Fassung tatsächlich ausreicht, die Gefahren, die mit den Mitteln verbunden sind, zu bannen. Meine Antworten sind eine empirische und eine theoretische. Zunächst die empirische: Auf den zweiten Blick sieht es so aus - das kann man auch aus dem Flugzeug beobachten -, daß die Orte, Siedlungen und Verkehrsträger in der BRD zwar geordnet, aber doch wachsen und sich stetig ausweiten. In einer Zahl sieht das so aus, daß in der Bundesrepublik täglich 120 ha Erde versiegelt werden, und die Tendenz ist steigend. Wenn wir nun die Lehrbuchweisheit der Ökologie hernehmen und verstehen, daß Zer- und Übersiedlung und Verbauung natürlicher Landschaft Umweltzerstörung ist, und zwar eine der schlimmsten, weil sie irreversibel ist, und wenn wir nicht mehr nur unsere eigenen egoistischen, kurz-sichtigen und oft ungebildeten Bedürfnisse sehen, sondern auch die künftiger Generationen, so müssen wir aus dieser Sicht feststellen, daß sich das Raumordnungsgesetz doch nicht so bewährt hat, wie es zunächst aussah.

Die zweite, etwas theoretische Antwort hängt mit dem eben Gesagten zusammen. Ordnung ist - wenn überhaupt - in den seltensten Fällen ein Qualitätskriterium. Geordnet kann man ja so gut wie alles machen, also auch das Schlechte, z. B. eine Flur-, eine Bachbegradigung. So etwas hat das Raumordnungsgesetz nicht verhindert. Heute sieht man die Fehler ein, und es werden Millionen investiert, um sie annähernd rückgängig zu machen. Also müssen wir ein Qualitätskriterium einführen, um das Raumordnungsgesetz beurteilen zu können. Und das bietet sich im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert, wo es um ein sinnvolles Überleben geht, als erstes und wichtigstes Kriterium das der Ökologie an, und es wird uns leichtfallen, dies anzunehmen, wenn wir uns bewußt machen, daß Ökologie nicht mehr heißt als die Lehre vom Haushalten. Und das genau ist wohl auch das Ziel des Raumordnungsgesetzes, nur, es ist offensichtlich noch ungenügend ausgestattet, diesem Ziel unserer Zeit angemessen zu entsprechen.

Schon die Leitvorstellungen in § 1 Abs. 1 machen das deutlich. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit - Punkt 1 - ist immer ambivalent und wird erfahrungsgemäß meist sehr einseitig ausgelegt. Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung langfristig offenzuhalten - Punkt 3 -, darf nicht generell gelten, sonst ist längerfristig die totale Raumvernichtung nicht aufzuhalten. Punkt 2